



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2015
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 22.04.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Mitnahmeverbot von E-Scootern in Bussen der Hagener Straßenbahn
Vorlage: 0396/2015
4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
7. . Zuwanderung aus EU-Ländern
Bericht des Jobcenters Hagen
8. . Freiheitseinschränkende Maßnahmen und der Werdenfelser Weg
Bericht der Verwaltung
9. . Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Unterbringungskonzept von Menschen im Rentenalter, die vorher in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gearbeitet haben
Vorlage: 0395/2015
10. . Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Sachstandsbericht über die Heizmöglichkeiten der Notunterkünfte und Asylbewerberunterkünfte
Vorlage: 0397/2015
11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herrn Fiedler verabschiedet, der in Kürze in den Ruhestand geht. Frau Kaufmann und Herr Goldbach bedanken sich für sein Engagement und seine gute Arbeit.

Herr Hentschel bittet, den Tagesordnungspunkt 8 an die dritte Stelle vorzuziehen zu dürfen, damit Herr Wessinghage von der Hagener Straßenbahn die Sitzung frühzeitig verlassen kann.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach nimmt Bezug auf den Inhalt des Tagesordnungspunktes „Zuwanderung aus EU-Ländern“ und berichtet in dem Zusammenhang von dem Unterarbeitskreis des Runden Tisches Zuwanderung. Ein großes Problem bestehe in der mangelnden Beratung- und Sprachkompetenz, insbesondere für Rumänen und Bulgaren. Weiterhin sei die Problematik des Impfschutzes herausgestellt worden. Außerdem mangle es an Krankenversicherungsschutz. Diese Punkte müssten zunächst in Angriff genommen werden. Ende des letzten Jahres habe es eine Sonderbeihilfe des Bundes für die Kommunen gegeben, die besonders von den Folgen der Zuwanderung betroffen gewesen seien. Auch die Stadt Hagen sei mit einem kleinen sechsstelligen Betrag beteiligt worden. Man habe die Absicht, von diesem Geld die Beratung um eine halbe Stelle auszudehnen. Weiterhin sollte davon der notwendige Impfstoff beschafft werden. Daneben sollten Honorarstunden von Ärzten an zentraler Stelle vorgehalten werden. Er sei der Meinung, dass diese Maßnahme auch tatsächlich helfe und an richtiger Stelle angelegt sei.



3. . **Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates**
Mitnahmeverbot von E-Scootern in Bussen der Hagener Straßenbahn
Vorlage: 0396/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Sondermeyer erläutert die Gründe für den Antrag seiner Fraktion.

Neben dem genannten Vorschlag gebe es auch noch die Möglichkeit, die Hagener Straßenbahn aufzufordern, ersatzweise Rolli Taxis anzumieten, die den Betroffenen von der Hagener Straßenbahn zur Verfügung gestellt würden.

Herr Goldbach informiert über ein Schreiben der AOK Nordwest, in dem diese ihren Standpunkt zu dem Thema darlege. Es werde deutlich gemacht, dass es nicht in dem Handlungsfeld der Krankenkasse liege, etwas an dem Verhalten der Verkehrsbetriebe zu verändern.

Herr Wessinghage schildert den Standpunkt der Hagener Straßenbahn in dieser Angelegenheit.

Es sei eine Untersuchung in Auftrag gegeben worden, mögliche Gefährdungspotentiale, die von E-Scootern bei der Beförderung in Bussen ausgehen können, zu ermitteln. Untersucht werden sollten drei E-Scooter-Typen (**siehe Anlage zu TOP 3**). Das Ergebnis dieser Untersuchung habe dazu geführt, dass den Unternehmen geraten worden sei, die Beförderung von E-Scootern auszuschließen, solange eine sichere Beförderung dieser Geräte nicht gegeben sei. Dieser Empfehlung sei auch die Hagener Straßenbahn im Dezember vergangenen Jahres gefolgt. Viele Beschwerden darüber seien die Folge gewesen. Er zitiert ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen, in dem es um den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung in dieser Sache gegangen sei (**siehe Anlage zu TOP 3**).

Das Thema sei mittlerweile auch auf Landesebene angelangt.

Daneben habe sich ein Runder Tisch zu dem Thema konstituiert, an dem viele Beteiligte mitwirkten. Dort habe man beschlossen, eine weitere Studie zu dem Thema erstellen zu lassen. Leider lägen die Untersuchungen aus dieser Studie noch nicht vor.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen habe die Hagener Straßenbahn mit Beschluss vom 05.03.2015 gebeten, zu prüfen, ob E-Scooter wieder unter Haftungsausschluss befördert werden können. Der Antwort der Hagener Straßenbahn sei zu entnehmen, aus welchen Gründen das nicht möglich sei (**siehe Anlage zu TOP 3**).

Er habe auch in dieser Angelegenheit mit der AOK Kontakt aufgenommen. Diese zögen sich auf den Standpunkt zurück, dass den Versicherten gewährleistet werden müsse, dass diese einen Aktionsradius zwischen 3 und 500 m hätten. Das sei in jedem Fall gegeben.



Ihm sei bewusst, dass man mit dem Verbot gewisse Härten geschaffen habe und das sei bedauerlich. Man habe aber aus haftungsrechtlichen Aspekten keine andere Möglichkeit und könne nur auf die zweite Untersuchung hoffen, die in den nächsten Wochen veröffentlicht werde.

Herr Wirth macht deutlich, dass es viele Menschen gebe, die in ihrer Mobilität eingeschränkt seien. Teilhabe könne nur dann funktionieren, wenn die Betroffenen mobil seien. Er gehe davon aus, dass man in der heutigen Sitzung in dieser Frage nicht weiterkomme. Er sehe das Versäumnis darin, dass man sich dieses Themas nicht bereits schon vor Jahren angenommen habe. Erstaunlich sei, dass man in den Städten völlig unterschiedlich mit diesem Thema umgehe. Er sei der Meinung, dass die Verkehrsbetriebe angewiesen werden müssten, möglichst schnell geeignete Haltesysteme in die Busse einzubauen.

Frau Sauerwein fragt, ob an dem Runden Tisch auch die Hersteller von E-Scootern angesprochen worden seien. Diese sollten doch ein Interesse daran haben, dass ihre Fahrzeuge mitnahmefähig seien. Sie regt an, einen Appell an den VRR zu richten, die Rückhaltesysteme Zug um Zug in Bussen einzurichten.

Herr Sondermeyer schildert das Problem aus Sicht eines Betroffenen. Dieser müsse Arzttermine in Hagen und Bochum wahrnehmen. Er möchte wissen, wie viele der von Herrn Wessinghage angesprochenen Unfälle bei der Untersuchung herangezogen worden seien. Um eine kurzfristige Lösung zu finden, bittet er die Ausschussmitglieder, einen Appell an die Hagener Straßenbahn zu richten, ein gewisses Kontingent an Rolli Taxis anzumieten, damit die Betroffenen wenigstens die notwendigen Fahrten machen könnten. Da bestehe auch eine moralische Verpflichtung.

Herr Wessinghage entgegnet, dass seines Erachtens eine Hagener Lösung wenig zielführend sei. Benötigt werde eine landes- oder bundesweite Regelung. In dem Arbeitskreis seien die Hersteller der E-Scooter mit eingebunden. Für ihn wäre es eine zufriedenstellende Lösung, wenn man zu einem Zulassungsverfahren für E-Scooter käme. In Bezug auf die Anregung, Rolli Taxis anzumieten, stelle sich die Frage, wer das finanzieren solle. Moralisch sehe man sich durchaus in der Pflicht, aber die haftungsrechtliche Frage sähe leider anders aus.

Herr Vesper weist darauf hin, dass für Arztbesuche von Krankenversicherten Transportscheine von Ärzten ausgestellt würden. Damit sei die medizinische Versorgung sichergestellt.

Herr Stricker merkt an, dass die Angelegenheit jetzt ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt sei. Wenn möglich und erforderlich, solle man die Betroffenen unterstützen. Zurzeit werde das auf anderer Ebene diskutiert.

Herr Sondermeyer findet es bedauerlich, dass der Tenor herrsche, dass man im Moment in der Angelegenheit nichts machen könne. Er schlägt in seiner Funktion als Antragsteller vor, die Beratung der Angelegenheit zu vertagen und die heutige Beratung als erste Lesung zu betrachten.



Er ersuche die Hagener Stadtverwaltung und die Hagener Straßenbahn, dringend zu überprüfen, ob diese nicht die Möglichkeit fänden, für die Kosten der notwendigsten Fahrten finanziell aufzukommen.

Frau Fischbach stellt fest, dass nunmehr zwei Anträge des Antragstellers vorlägen. Sie frage sich, warum die Angelegenheit vertragt werden solle. Sie könne den Anträgen zu keinem Zeitpunkt zustimmen, weil alle rechtlichen Maßgaben dagegen sprächen.

Herr Sondermeyer erklärt, dass es sich nur um eine Bitte und nicht um einen formalen Antrag gehandelt habe.

Herr Wirth betont, dass er davon ausgehe, dass jedem der Anwesenden die Mobilität von Rollstuhlfahren am Herzen liege. Der entscheidende Punkt sei, dass man keine Möglichkeit zu handeln sehe.

Herr Hentschel lässt über den Antrag der ersten Lesung abstimmen.

Beschluss:

Die Vorlage wird in erster Lesung im Sozialausschuss beraten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU		4	
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD			1

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 11
Dagegen: 4
Enthaltungen: 1



4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet, dass der Seniorenbeirat nicht getagt habe und er daher nichts zu berichten habe.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

6. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth erklärt, dass der Beirat für Menschen mit Behinderungen auch nicht getagt habe, aber er wolle die Gelegenheit nutzen, über die Umsetzung einiger Punkte zu berichten.

7. . Zuwanderung aus EU-Ländern Bericht des Jobcenters Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Fiedler teilt mit, dass der stellvertretende Leiter des Jobcenters, Herr Levien, leider heute verhindert sei. Er habe einen Kollegen mitgebracht, der zu dem Thema berichten werde.

Herr Fischer erläutert die Zahlen bezüglich der Zuwanderung aus EU-Ländern und Nicht-EU-Staaten (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Sauerwein erinnert daran, aus welcher Diskussion heraus dieser Tagesordnungspunkt entstanden sei.

Frau Timm-Bergs möchte wissen, ob während des Leistungsbezuges der Betroffenen eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Leistungen erfolge.

Herr Fiedler berichtet, dass man sich in der Vergangenheit auf die Beurteilung durch das Ausländeramt verlassen habe. Mit steigenden Zahlen habe man festgestellt, dass die Kapazitäten des Ausländeramtes nicht ausreichten, um die Aufenthaltsberechtigung adäquat zu prüfen. Man sei inzwischen dazu überge-



gangen, das intensiver zu prüfen. Man habe als Jobcenter auch das Recht, eine eigene Einschätzung nach dem Sozialrecht vorzunehmen.

Frau Sauerwein fragt, ob das Jobcenter auch nach einer gewissen Zeit Abschiebungen verfügen könne. Es solle eine Tagung mit den Integrationsagenturen geben, bei der es um EU-Ausländer gehe. Sei das Jobcenter dort einbezogen?

Herr Fiedler antwortet, dass man als Sozialbehörde nicht befugt sei, Abschiebungen zu verfügen. Bei der angesprochenen Tagung sei man als Jobcenter beteiligt.

Herr Fischer ergänzt, dass er in seiner Funktion als Migrationsbeauftragter an vielen Stellen einbezogen sei und alle Möglichkeiten nutze, an denen man sich aktiv einbringen könne.

Herr Goldbach beschreibt das Verfahren der Ausländerbehörde.

Herr Hentschel bedankt sich bei den Vertretern des Jobcenters für den Bericht.

8. . **Freiheitseinschränkende Maßnahmen und der Werdenfelser Weg Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Peters berichtet über freiheitseinschränkende Maßnahmen und den Werdenfelser Weg (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Hentschel möchte wissen, seit wann die Statistik über freiheitseinschränkende Maßnahmen geführt werde. Werde diese regelmäßig aktualisiert?

Frau Peters antwortet, dass man diese Abfrage einmal jährlich durchführen werde. Sie habe in der Vergangenheit immer darauf hingewiesen, dass es keine Fixierungen ohne richterlichen Beschluss gebe.

Herr Sondermeyer möchte wissen, ob bei der Verordnung von sedierenden Medikamenten nachgefragt worden sei, auf wessen Wunsch hin der Arzt diese verordnet habe.

Frau Peters verneint diese Frage.

Frau Sauerwein befürwortet die vielfältigen Möglichkeiten wie zum Beispiel der Einsatz von Niederflurbetten. Man müsse die Angehörigen allerdings miteinbe-



ziehen und auf den Anblick vorbereiten.

Frau Peters beschreibt alternative Hilfsmittel, die zum Einsatz kommen können.

Frau Cramer fragt, was sie persönlich in ihrer Funktion als Mitglied des Sozialausschusses in dieser Angelegenheit tun könne.

Frau Peters zeigt sich erstaunt über diese Frage, weil sie gebeten worden sei, zu diesem Thema zu berichten.

Frau Cramer macht deutlich, dass es sich um einen Bericht handele, den man als Sozialausschuss nur zur Kenntnis nehmen könne, aber nichts tun könne, weil andere Institutionen zuständig seien.

Herr Goldbach betont, dass Aussage des Berichts sei, dass man in der Frage am Ball sei. Er halte es für sinnvoll, sich damit zu beschäftigen, wie eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Themas aussehen könne. Er habe außerdem der Anfrage des Vorsitzenden zuvorkommen wollen, der regelmäßig in diesem Zusammenhang nach den Zahlen gefragt habe. Es gebe keine Erwartung, dass es eine Beschlussfassung dazu gebe.

Herr Hentschel sieht den Ausschuss auch in einer Kontrollfunktion.

Die Frage von Herrn Stricker, ob nur Einrichtungen betroffen seien, wird von Herrn Goldbach bejaht.

Frau Jochheim möchte wissen, ob die Weiterführung des Werdenfelder Weges von einem Richter abhängig sei.

Frau Peters bestätigt, dass das unabhängig davon weiter fortgeführt würde.

9. . **Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates**
Unterbringungskonzept von Menschen im Rentenalter, die vorher in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gearbeitet haben
Vorlage: 0395/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Sondermeyer erläutert den Antrag seiner Fraktion.



Herr Hentschel teilt mit, dass zu dieser Frage ausnahmsweise einmal nicht die Verwaltung Stellung nehmen werde, sondern Herr Wirth, der einen engen Bezug dazu habe.

Herr Wirth weist darauf hin, dass in dem Antrag von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in den Werkstätten die Rede sei. In den Werkstätten spreche man jedoch von arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnissen. Er erläutert den Begriff und beschreibt die Situation in der St Laurentius Werkstatt. Man arbeite in der beruflichen Rehabilitation und tue alles, dass die Menschen auf die Rente vorbereitet würden.

Man habe in der Werkstatt St Laurentius für Menschen mit geistigen Behinderungen zurzeit 129 Beschäftigte in dem Alter 50-65 Jahre. Im psychischen Bereich liege die Zahl bei 72 Menschen in der Altersspanne von 50-65 Jahre. Die Bedürfnisse im Rentenalter zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen seien gar nicht so unterschiedlich.

Herr Sondermeyer macht deutlich, dass sich die Anfrage darauf beziehe, dass die Menschen in den Einrichtungen einen ganz strukturierten Tagesablauf hätten. Was passiere mit diesen Menschen, wenn sie in Rente gingen? Es gehe nicht um die Unterbringung. Die sei erfreulicherweise geregelt.

Herr Wirth merkt an, dass er Schwierigkeiten habe, die Unterschiede zu sehen. Möglicherweise hätten Menschen mit Behinderungen nach der Tätigkeit mehr Hilfsangebote, ihren Tag zu strukturieren als Nichtbehinderte.

Frau Buchholz ergänzt, dass es sowohl in den Wohnheimen als auch beim betreuten Wohnen entsprechende Angebote gebe. Was er annehme, bestimme der behinderte Mensch allerdings selber.

Herr Wegener schildert, wie sich diese Arbeit mit behinderten Menschen im Laufe der letzten 40 Jahre entwickelt hat. Dieser Teil der Sozialtherapie funktioniere hervorragend.

Frau Öz fragt, ob die Zahlen der Menschen bekannt seien, die einen Migrationshintergrund haben.

Herr Wirth schätzt, dass es sich um 20 – 25 % handele. In dem Bereich habe man sowohl sprachliche als auch Probleme mit dem anderen kulturellen Hintergrund der Betroffenen.

Anmerkung: Herr Wirth teilte im Nachgang zu der Sitzung mit, dass es sich genau um 24 % der behinderten Menschen um solche mit Migrationshintergrund handele.

Frau Öz macht deutlich, dass es einen großen Aufklärungsbedarf bei den Angehörigen der behinderten Menschen mit Migrationshintergrund gebe.



Frau Sauerwein merkt an, dass es sich bei den älteren behinderten Menschen um die erste Generation nach dem Krieg handle. Damit werde man noch ganz neue Erfahrungen machen.

Sie schlägt vor, sich zukünftig zu dem Thema zwischen dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderungen auszutauschen und dazu auch den Landschaftsverband einzuladen.

Frau Gleiss berichtet, dass sie zu dem Thema auch schon Kontakt zum Landschaftsverband aufgenommen habe. Man sei auch seit Jahren mit den Anbietern im Gespräch. Es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die im Mai erneut tage. Da werde man das Thema mit auf die Tagesordnung setzen.

Herr Sondermeyer schlägt abschließend vor, die Vorlage in den Beirat für Menschen mit Behinderungen zu verweisen.

Herr Hentschel stellt diesen Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur weiteren Beratung an den Beirat für Menschen mit Behinderungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



10. . **Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke gem. § 6 Abs. 1 Gescho des Rates**
Sachstandsbericht über die Heizmöglichkeiten der Notunterkünfte und Asylbewerberunterkünfte
Vorlage: 0397/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Sondermeyer erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Gierke nimmt zu dem Antrag Stellung und schildert die Entwicklung und derzeitige Situation in den Unterkünften.

Der größte Teil der Asylbewerberunterkünfte sei mit Zentralheizung oder Gasetagenheizung ausgestattet.

Bei einer geringer Anzahl von Menschen, die in Notunterkünften untergebracht seien und mit Radiatoren heizten, müsse abgewogen werden, ob es sinnvoll sei, dort durch den Vermieter Heizungen einbauen zu lassen. Aktuell gebe es dort keine Gasanschlüsse. Man habe im Moment die Besonderheit, dass dort 43 Asylbewerber untergebracht seien. Das sei eine notfallmäßige Unterbringung gewesen.

Wenn man von dieser Kennzahl ausgegangen wäre, hätte man sich auch bemüht, Heizungen dort einbauen zu lassen. Dies hätte Kosten in Höhe von jährlich 10.000 € zur Folge gehabt. Das habe man in der Vergangenheit deutlich abwägen müssen. Wenn man das Objekt zukünftig so stark belegen wolle, müsse man ggf. über den Einbau einer Zentralheizung durch den Vermieter nachdenken.

Herr Goldbach beantwortet eine Frage von Frau Sauerwein zu der Belegung von Stellen im Asylbereich.

Die Willkommensbroschüre, die in verschiedenen Sprachen aufgelegt werden sollte, sei zum jetzigen Zeitpunkt in der deutschen Sprache fertiggestellt. Eine Übersetzung in andere Sprache werde in Angriff genommen.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass es eine Aufgabe sei, bei der verschiedene Dezernate beteiligt seien. Daher habe sich die Fertigstellung etwas verzögert und werde zunächst nur online zur Verfügung stehen. Die von Herrn Goldbach angesprochene Broschüre werde es auch in Papierform geben.

Die Frage von Herrn Hentschel an Herrn Sondermeyer, ob sich der Antrag damit erledigt habe, wird von diesem bejaht.



11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Buchholz stellt eine Broschüre der AWO zum Thema Flucht und Asyl vor. Darin würden Fakten genannt und Schicksale geschildert.

Herr Sondermeyer möchte zum Thema „Hagen barrierefrei“ wissen, ob auch Parkhäuser und Tiefgaragen überprüft worden seien, ob diese barrierefrei seien.

Herr Wirth verneint diese Frage. Die Überprüfung werde in dem Fall vorgenommen, wenn vom Parkplatzbetreiber eine entsprechende Bitte geäußert würde.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.55 Uhr

gez. Ingo Hentschel
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin